Expedition für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.25, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b 8–5, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hr. Richter, 9, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unter Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Vorderseite Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt
Niederlössnitz b. Dresden.
für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

Dresden, 1892.

N. Salm
(Inh.: Rich. Wiedner)
Special-Fabrik geprägter Siegelmarken
Plauen b. Dr.,
Kaltzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 114)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschlüsse und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel u. Graviranstalt jeder Art.

Neuheiten
eleganter deutscher u. engl. Tuchwaaren
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst
C. H. Hesse, Marienstrasse 20
(„Drei Raben").

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Die Frühjahrs-Neuheiten in
engl. Cravatten
sind bereits in reichhaltigster Auswahl eingetroffen.
Gustav Tuchler, Hoflief.,
2 König-Johannstrasse 2.

Um für die täglich erscheinenden **Neuheiten** Platz zu gewinnen, habe ich einen Theil meiner vorjährigen Lagerbestände der verschiedensten **Handarbeiten** zum **Ausverkauf** gestellt.
C. Hesse, Kgl. Hoff.,
Altmarkt.

Nr. 93. Spiegel: Eine That der sächsischen Landtagsabgeordneten, Entschädigung Militärpflichtiger, Prozesse wegen Majestätsbeleidigungen. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Bismarckfeier, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Paulina da Veiga, Bülow-Concert. | **Sonnabend, 2. April.**

Politisches.

Eine That von größter Bedeutung für unser sächsisches Vaterland, eine That, die vorbildlich wirken möge für ganz Deutschland, haben jene 103 Abgeordneten unserer Kammer vollbracht, als sie unter dem Datum des 29. März folgende Erklärung verfaßten:

Im Interesse des öffentlichen Wohles erscheint ein Zusammengehen der staatserhaltenden Parteien, wie dasselbe im Landtag besteht und stets sich bewährt hat, auch in der zwischen den Landtags-Sessionen inneliegenden Zeit dringend geboten. Aus dieser Erwägung erklären die unterzeichneten Mitglieder beider Ständekammern, daß sie nach wie vor gewillt sind, für Sicherung eines Zusammengehens bei öffentlichen Wahlen einzutreten. Die Herren Kammerherr Freiherr von Friesen auf Rötha, Geheimer Commerzienrath Niethammer in Kriebstein und Generaldirektor a. D. Grahl in Dresden haben sich bereit erklärt, diesen Beschluß zur weiteren Ausführung zu bringen.

Mancher Zwist mag in den letzten Tagen die Parteien getrennt haben, in der mannhaften Erklärung, die jetzt in die Oeffentlichkeit gelangt, ist die Streitaxt begraben; das Trennende soll vergessen sein, das Gemeinsame soll die Zukunft beherrschen. Gerade in unserem engeren Vaterlande, das, reich gesegnet durch industriellen Fleiß, dem Angriff sozialdemokratischer Agitatoren besonders offen liegt, ist es ein dringendes Gebot des vaterländischen Interesses, daß alle Parteien, die unter der Fahne des Monarchenthums kämpfen, in geschlossener Linie dem Ansturm des gemeinsamen Feindes entgegentreten, damit nicht einst die Zukunft von den Männern von heute sagen darf: Sie vergaßen über dem Ehrgeiz der Parteien Das zu schützen, was ihnen als Höchstes gelten sollte. Die Grundlage ist geschaffen zu gedeihlicher Arbeit, dann werden auch die Trennungspunkte in künftigen Kämpfen verschwinden und der Sieg seine dauernde Stätte finden im Lager der staatserhaltenden Parteien.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen, die Volksvertreter ruhen aus von den Strapazen, denen sich Einige von ihnen unterzogen haben. Als die Februarwahlen des Jahres 1890 das alte Kartell zersprengten und sich aus der Fluth der abgegebenen Stimmen siegreich der Bund des Centrums und der Radikalen erhob, da war man ja allerdings überzeugt, daß die Leistungen der neugewählten Volksvertretung nicht gerade über das Maß des Menschlichen hinausgehen würden; jetzt, wo mehr als zweihundert Mal ungeflügelte Worte über den Saal dahinzogen, wird man nicht behaupten können, daß die pessimistischen Erwartungen getäuscht worden sind. Nur die lange Tagung, nicht aber irgendwelche Leistungen im nationalen Sinn wird die Geschichte dereinst buchen.

Die letzte Sitzung des Reichstages brachte noch eine Auseinandersetzung eigenthümlicher Art, lieferte aber auch den Beweis, daß die Reichsregierung in manchen Fragen doch nur auf die überwältigende Zahl von drei Stimmen zu rechnen hat. Es handelte sich um das Gesetz über die Unterstützung der Familien von solchen Mannschaften, die zu Friedensübungen eingezogen werden, also um eine Forderung der einfachsten Gerechtigkeit und Billigkeit. Bis auf Herrn von Böttticher und drei Freikonservative gaben dies sämmtliche Anwesende zu. Und sicherlich wird auch im Volke die gleiche Ueberzeugung vorherrschen. Denn es ist ohne Weiteres klar, daß ein Mann, dem die Natur das Angebinde eines schneidigen Plattfußes mit auf den Lebensweg gab, schon durch die Entbindung vom aktiven Dienst in seiner bürgerlichen Stellung häufig einen großen Vorsprung vor dem Militärpflichtigen gewinnt; es ist klar, daß die wiederholte Einziehung zu Reserve- und Landwehrübungen diesen Vorsprung nicht nur vergrößert, sondern auch Opfer auferlegt, die um so bedeutender in's Gewicht zu fallen pflegen, als der Landwehrmann in dem Alter steht, wo er eben ein junges Geschäft begründet oder sich einen häuslichen Herd geschaffen hat. Angestellte von Kaufleuten, Privatbeamte, Leute in unselbstständiger Lebensstellung büßen, für mehrere Wochen in den Militärrock gesteckt, häufig ihre Stellungen ein; sie werden überdies für eine Zeit lang in Verhältnisse hineingestoßen, die ihnen naturgemäß fremd geworden sind und die — es wird Mancher ein Lied davon singen können — nicht immer den idyllischen Hauch der Ferienkolonieen besitzen. So wird es — um ein Beispiel anzuführen — nicht gerade angenehm wirken können, wenn Landwehrleute, die längst Familienväter sind, gezwungen werden, sich truppweise zu entkleiden und sich den musternden Blicken nicht nur des Arztes, sondern ganzer Militärkolonnen auszusetzen. Es ist nicht ein altjüngferliches Schamgefühl, das in solchen Fällen auftaucht, sondern das Empfinden des gebildeten Mannes, das man schonen sollte. Doch das nur nebenbei. Vom Reichstage war nun geplant worden, den Familien der eingezogenen Reservisten und Landwehrleute eine Unterstützung zu gewähren, um doch wenigstens in Etwas die bestehende Härte zu mildern. Da erklärte Herr von Böttticher „in seiner gewohnten, glatten Ruhe" (so drückt sich die „Germania" aus), er könne die Annahme eines entsprechenden Entwurfes noch nicht aussprechen, es beständen Bedenken über die Höhe der Forderungen und was es da sonst noch an schönem Zucker giebt, mit dem man eine bittere Pille umkleidet. Im nächsten Jahre werde man zusehen, jetzt habe man kein Geld.

Jetzt habe man kein Geld! Der Reichstag hat, so lange er tagte, kaum etwas Anderes gethan, als Geld bewilligt und unendlichen Ausgaben zugestimmt. Jetzt habe man kein Geld! Dann hätte man doch lieber an anderen Stellen sparen sollen, wo die Nothlage weniger dringend war. Es ließen sich eine ganze Anzahl von Millionen-Pöstchen namhaft machen. „Im nächsten Jahre", so meinte Herr v. Böttticher, „könne man ja daran gehen, die Frage zu erledigen." Eine allerdings ganz unmaßgebliche Anregung dürfte in dem Gedanken liegen, ob nicht vielleicht die 42 Millionen des Welfenfonds eine bessere Verwendung hätten finden können. Der Herzog von Cumberland, der ja ohnehin in ganz angenehmen Verhältnissen lebt, hätte vielleicht ganz gerne noch ein wenig gewartet. Was hilft alles schöne sozialpolitische Reden, das ja gerade so oft aus der rundlichen Gestalt des Herrn v. Böttticher hervordringt, solchen Thatsachen gegenüber, wie sie die letzte Reichstagssitzung zeitigte! Jetzt habe man kein Geld! Sogar der nationalliberale Redner Buhl erklärte mit ungewöhnlicher Schärfe, daß seine Partei in Zukunft sich das Reichsbudget etwas anders anschauen und ihren Bewilligungseifer so lange dämpfen werde, bis man der genannten, so tief berechtigten Forderung nachkomme. Ein klerikales Blatt bemerkt bitter: Tief beklagenswerth und tadelnswerth finden wir die Haltung der Regierung, und das Programm, Alles vom Standpunkt der Wirkung auf die Sozialdemokratie prüfen zu wollen, ist dabei sicher nicht beachtet worden."

Ein kleines, ganz interessantes Intermezzo brachte das preußische Herrenhaus. Graf Hohenthal brachte einige antimonarchische Preßäußerungen auf's Tapet, wie sie ja in jüngster Zeit wiederholt die Aufmerksamkeit der Staatsanwälte erregt haben. Er tadelte es, daß der Justizminister v. Schelling den Eifer einzelner dieser Herren durch die Verfügung gezügelt habe, daß sie, bevor sie Klage erheben, erst die Genehmigung des Ministers einholen sollten. Graf Hohenthal fürchtet von dem Vorgehen des Herrn v. Schelling eine Schädigung des monarchischen Prinzips, er fand aber mit seiner Rede bei dem Minister ebenso wenig Gegenliebe, wie er sie in der Oeffentlichkeit finden konnte. Denn die Verfügung des Ministers soll doch keineswegs die Verfolgung von Majestätsbeleidigungen ausschließen, sondern dieselbe nur auf solche Fälle einschränken, die wirklich der Verfolgung werth sind. Wenn Staatsanwälte in zahlreichen Fällen Beleidigungsabsichten wittern, und die zuständigen Richter beschließen, den Anträgen der öffentlichen Ankläger keine Folge zu geben, so wird unstreitig die Aufmerksamkeit der Leser in erhöhtem Maße auf jene Artikel gelenkt und in dieselben dann allerhand Anspielungen hineingelegt, die vielleicht gar nicht beabsichtigt waren. Die Prozesse gegen die „Köln. Ztg.", gegen Maximilian Harden, gegen den „Kladderadatsch" sind niedergeschlagen worden — ob es da wohl nöthig, nützlich und angenehm war, erst die Trommel zu rühren? Jetzt hängt beispielsweise ein Bild aus dem letztgenannten Witzblatt in allen Schaufenstern aus, während es sonst längst vergessen wäre. Und überdies haben Verfolgungen gegen die Presse immer einen recht fatalen Beigeschmack, zumal unsere Presse im Vergleich mit den Leistungen anderer Länder doch wirklich nicht ungeberdig, sondern meistentheils sogar hübsch artig ist. Oder giebt es auch da boshafte Menschen? —Li.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. April.

Berlin. Beide Häuser des Landtages hielten Sitzungen ab. — Im **Herrenhaus** wurde u. A. eine Petition des Schriftstellers Karl Panich wegen Rechtsverweigerung (infolge gerichtlicher Maßnahme gegen die Broschüre: Eine jüdische Gesandtschaft) durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und zwar mit Rücksicht auf das schwebende Rechtsverfahren. — Regierungskommissar Geh. Rath Lukas erklärte es als unzutreffend, die Sache über den antisemitischen Leisten zu schlagen. Die Anschuldigungen der Broschüre richteten sich gegen Personen, die nicht Juden seien. Die Behauptung, daß Juden bei der Justiz günstiger behandelt würden als andere Leute, sei durchaus unerwiesen. — Graf Pfeil führt bei dieser Gelegenheit Beschwerde über das Verfahren bei der Unterbringung angeblich Irrsinniger in Privatanstalten, wie es im Falle de Jonge bekannt geworden. — Regierungsseitig wurde erwiedert, daß es sich hier um eine Sache der Verwaltung, nicht der Justiz handele. — Das **Abgeordnetenhaus** nahm in dritter Lesung das Welfenfondsgesetz an und nahm dann die erste Lesung des Gesetzentwurfes betr. die Aufhebung von Stolagebühren in der evangelischen Landeskirche vor. Das Centrum machte den Vorbehalt, daß in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werde, wonach es gleichzeitig mit einem analogen für die katholische Kirche zu erlassenden Gesetz in Kraft trete. Die Freisinnigen sprachen gegen den Gesetzentwurf mit Rücksicht auf die Finanzlage und weil keine Nothlage vorhanden sei. — Regierungsseitig wurde erklärt, daß zwischen beiden christlichen Kirchen kein Unterschied gemacht werden soll. In anderen deutschen Staaten seien die Stolgebühren aufgehoben, ebenso in Hannover. Die Konservativen erklärten sich für den Entwurf, für welchen sie dem Minister Graf Zedlitz besonders dankten. Die Nationalliberalen erklärten sich ebenfalls für das Gesetz, ebenso die Freikonservativen. Der Entwurf wurde schließlich an eine Kommission verwiesen.

Berlin. Dem Fürsten Bismarck ging zu seinem heutigen Geburtstage eine gewaltige Fülle von Angebinden und Glückwünschen zu. Schon in den frühen Morgenstunden lagen viele hunderte Depeschen vor, darunter solche von gekrönten Häuptern. Die nationalliberale Reichstagsfraktion sandte folgendes Telegramm an den Fürsten: „Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck, Friedrichsruh. Dem großen Staatsmann und Patrioten, welcher zwei Jahrzehnte lang die Geschicke des unter Kaiser und Reich neu geeinigten deutschen Vaterlandes zu dessen Ruhm und Heil leitete, senden zur heutigen Geburtstagsfeier herzliche Glück- und Segenswünsche in dankbarer Verehrung die nationalliberalen Mitglieder des Reichstages. Im Auftrage Dr. v. Marquardsen." — Graf Waldersee fuhr, wie aus Hamburg gemeldet wird, früh nach Friedrichsruh, um dem Fürsten persönlich zu gratuliren. — Am Abend wird dem Fürsten Bismarck von dem Hamburger Reichstagswahlverein ein Fackelzug gebracht, an welchem die Betheiligung ungemein groß ist (ca. 2000), sodaß die Theilnehmerkarten bereits Tage vorher vergriffen waren. Das „Geburtstagskind" erfreut sich, wie versichert wird, guter Gesundheit und trefflicher Laune.

Wiesbaden. Zahlreiche Bürger, voran der Regierungspräsident Tepper-Laski und der Bürgermeister Dr. v. Ibell ver-einigten sich gestern Abend zu einem Festessen zur Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck. Nach dem Kaisertoast des Geh. Rath v. Reichenau feierte der Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Grimm den Fürsten Bismarck in einer glänzenden enthusiastisch aufgenommenen Rede. Die Versammlung sandte hierauf ein Telegramm an den Fürsten ab.

München. Gestern Abend fand im Bayrischen Hof ein Festessen zu Ehren des Fürsten Bismarck statt. Kommissionsrath Hähnle brachte das Hoch auf den Prinzregenten und den Kaiser aus. Prof. Max Haushofer hielt die Festrede, in welcher er den treuen Dankgefühlen und der unvergänglichen Bewunderung für den großen Deutschen unseres Jahrhunderts Ausdruck gab. Das Hoch auf den Fürsten fand begeisterten Anklang. Im Sinne der Rede ging ein Telegramm an den Fürsten ab. — Der Prinzregent hat heute früh vor den versammelten Familienmitgliedern den Prinzen Karl, geb. am 1. April 1874, als zweiten Sohn des Prinzen Ludwig, großjährig gesprochen und ihm den Hubertus-Orden überreicht. — Entgegen den Meldungen der sächsischen Presse, Bayern beantrage die Aufhebung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, erklären die „Neuesten Nachrichten" sich für ermächtigt, mitzutheilen, daß dies nicht der Fall sei, da trotz der beträchtlichen Kosten die Vortheile des Gesetzes an den Tag treten.

Paris. Die Nachricht, daß in Ravachol's Wohnung ein Brief gefunden worden, wonach er sich 1500 weitere Dynamitpatronen hätte verschaffen können, bestätigt sich nicht.

Paris. Der Untersuchungsrichter Athalin fand unter Ravachol's Papieren eine gefetzlich ausgefüllte Anweisung auf 1500 Dynamitpatronen. Die Untersuchung über diesen Fund wurde eingeleitet. In Lyon wurde eine gefährliche Höllenmaschine entdeckt und bei dem dort wohnenden Anarchisten Mathot fand man Explosionsstoffe und kompromittirende Papiere, welche das Vorhandensein eines Anarchistenkomplotts in Paris, Lyon und St. Etienne beweisen. Aus Bordeaux wurden drei, aus Marseille zwei, aus Lyon 7, aus St. Etienne zwei und aus den Grenzdepartements nach den letzten Meldungen 25 bis 30 deutsche, theils sozialdemokratische, theils anarchistische Agitatoren ausgewiesen. Bedeutend höher ist die Zahl der des Landes verwiesenen Italiener, Belgier und Spanier.

Madrid. Von der liberalen Partei wird im Senat und in den Cortes ein Antrag eingebracht, den Kolonialminister Romero Robledo wegen Verschleuderung von 5 Millionen öffentlicher Gelder in den Anklagezustand zu versetzen. — Von hier sind gestern 4 französische, 3 deutsche und verschiedene italienische Anarchisten ausgewiesen worden. Ausweisungen namentlich deutscher und französischer anarchistischer und sozialdemokratischer Agitatoren werden weiter gemeldet aus den Minendistrikten von Bilbao, den catalonischen Industriebezirken und aus St. Sebastian. In letzterem Orte ist auch ein Versuch gemacht worden, den Sommerpalast der Königin in die Luft zu sprengen.

Amsterdam. Die Journale melden zuverlässig, daß sich die Königin und Königin-Regentin im Mai zum Besuch an den Berliner Hof begeben. — Die Erste Kammer genehmigte das Schlußprotokoll der Brüsseler Antisklavereiakte.

London. Nach einer weiteren Meldung aus Rangoon erlosch die Feuersbrunst in Mandelay nach einer 14tägigen Dauer; es brach jedoch ein neuer Brand aus, durch welchen das östliche Stadtviertel, das britische Viertel, mehrere große Pagoden und andere hervorragende Gebäude eingeäschert wurden. Den neuesten Meldungen zufolge ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen, jedoch sind 10,000 Personen obdachlos.

Petersburg. Gerüchte, daß Minister v. Giers gestorben sei, sind unbegründet. — Heute ist der Ukas veröffentlicht worden, welcher die Ausfuhr von Weizenmehl aus den Häfen des Weißen- und Asow'schen Meeres in das Ausland unter der Bedingung gestattet, daß eine der Ausfuhrmenge von Weizenmehl gleiche Gewichtsmenge von Weizenkorn nach Rußland wieder eingeführt werde.

Warschau. Die Verhandlungen zwischen englischen und russischen Fellhändlern wegen der Verlegung des Leipziger Fellhandels nach Warschau sollen, wie verlautet, dem Abschlusse nahe sein.

Die **Berliner Börse** verlief fest bei lebhaftem Geschäft auf einzelnen Gebieten. Von Hamburg lagen große Kaufaufträge für Dynamittrustaktien vor, ferner stiegen Nordd. Lloydaktien um 2 Proz. anläßlich der Erhöhung der Zwischendeckpreise. Von Banken waren besonders Diskontokommandit belebt, von Eisenbahnen Oesterreichische Staatsbahnen. Von Bergwerken Hütten bevorzugt und steigend, Kohlen anfangs schwächer, später ebenfalls anziehend. Von Renten besonders Italiener und Ungarn gut gefragt. In zweiter Stunde besserten sich Banken auf die Meldung, daß die österreichische Valutaregulirungsfrage bereits am 20. April eingebracht werden soll. Auch im Kassaverkehr feste Tendenz bei guten Umsätzen; es gilt dies sowohl von festverzinslichen, wie von Dividendenpapieren. Recht feste Haltung zeigte besonders der Industrieaktienmarkt. Privatdiskont 1⅝ Proz. Nachbörse fest. — **Wetter:** bedeckt, kühl, West-Nord-West-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 265,40, Disconto 180,70. Dresdn. Bk 132,40. Staatsb. 245½. Lomb. 73½. Laura 103,50. Ung. Goldr. 92,90. Portugiesen 25,80. Fest.

Wien. (Abends.) Credit 314,75. Staatsbahn 281,12. Lombarden 83,50. Elbethal 230,25. Türkenlooſe 37,75. Marknoten 58,10. Fest.

Paris. Schluß. Rente 96,72. Italiener 87,77. Spanier 59½. Portugiesen 25½. Türken 19,55. Türkenlooſe 72,60. Ottomanbank 548,00. Staatsbahn 612,10. Lombarden 202,50. Träge.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per April 24.10, per Septbr.-Decbr. 24.80, weichend. Spiritus per April 46.25, per September-Decbr. 40,75, still. Rüböl per April 52.75, per September-December 53.75, still.

Amsterdam. Produkten Schluß). Weizen per Mai 214, per Novbr. —, Roggen per Mai 201, per October 174.

London. (Produkten-Bericht.) Im Getreidemarkt Stillstand und ohne Käufer. Weizen geschäftslos, englischer 1 Sch., fremder ½ bis 1 Sch. niedriger seit Montag. Mehlabgeber nachgebend. Mais ruhig, aber stetig. Gerste geschäftslos. Hafer ruhig, aber fest, ordinärer russischer weichend. Abgeber von schwimmendem Getreide nachgebend. — Wetter: Prachtvoll.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** nahm gestern Vormittag im Schloß die Vorträge der Herren Staatsminister entgegen.

— Se. Königl. Hoheit Prinz **Friedrich August** kehrte vorgestern Abend 12 Uhr 55 Minuten von der Feier des Ulanenregiments in Rochlitz nach Dresden zurück.

— Vorgestern Abend fand bei Sr. Exc. Herrn Staatsminister v. **Metzsch** Gesellschaft statt, zu welcher die Mitglieder beider **Ständekammern**, die Herren Kommissare ꝛc. Einladungen erhalten hatten. Man gewahrte unter den Theilnehmern Se. Königl. Hoheit Prinz Georg, Se. Exc. Kriegsminister v. d. Planitz. Um 12 Uhr fand die Festlichkeit ihren Abschluß.

— **Landtag.** In der **ersten Kammer** erstattete gestern Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi Bericht über das Dekret, den Separatfonds für das Eisenhüttenwesen betreffend. Das Haus schloß sich in allen Punkten den Beschlüssen der zweiten Kammer

Friedrich & Glöckner's
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 u. Löbtam.
Spec.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbewaaren, eigene Fabrikation.